

Leitartikel

Was Zürich zahlt und dafür bekommt

Der Kanton Zürich bezahlt dem Bund viel und bekommt dafür immer weniger. Mit dem neuen Finanzausgleich des Bundes verschlechtert sich das Verhältnis noch weiter.

Linus Baur

«Tatsache ist, dass der Kanton Zürich ausgenommen wird wie eine Weihnachtsgans, und allen scheint es selbstverständlich», schrieb unlängst TA-Redaktor Hans-Peter Bieri in einem Brennpunkt-Artikel. Es sei höchste Zeit für mehr Egoismus, wird gefordert. Das hört sich wohltuend an, doch die Realität zeigt ein anderes Bild, wie der jüngste Streit um die Spitzenmedizin beweist.

In einem Interview sagte die Zürcher Gesundheitsdirektorin Verena Diener, Zürich könne keine Ansprüche stellen, ohne bei anderen Kantonen reflexartig Abwehrreaktionen auszulösen. Dem Zürcher Nein zu einem Verzicht auf Herztransplantationen am Zürcher Uni-Spital und der Forderung, die Spitzenmedizin in Zürich und in der Romandie zu konzentrieren, erteilte der Vorstand der kantonalen Gesundheitsdirektoren letzte Woche eine klare Abfuhr. Von «Zürcher Arroganz» war einmal mehr die Rede.

Der Bund klemmt seit langem

Das Gleiche gilt für den dringend nötigen Ausbau des Hauptbahnhofs Zürich. Hier klemmt der Bund, die Bewilligung der erforderlichen Bundesgelder wird auf die lange Bank geschoben. Und den Ausbau der Zürcher Oberlandautobahn soll der Kanton Zürich selber berappen, obschon diese Strasse Süddeutschland mit Graubünden und Italien verbindet. Ähnliches lässt sich zum Anschluss ans europäische Eisenbahnhochleistungsnetz sagen. Zürich wartet immer noch auf vernünftige Verbindungen nach Stuttgart und München,

während aus der Westschweiz vier TGV-Anschlüsse nach Paris geplant sind.

Konsultiert man die Berechnungen des kantonalen Statistischen Amtes, zahlt Zürich mehr als genug an den Bund und die übrige Schweiz. Aus dem Kanton Zürich kommt ein Sechstel der Schweizer Bevölkerung. Zürich erwirtschaftet über einen Fünftel des nationalen Volksvermögens, zahlt einen Viertel der direkten Bundessteuern, erhält aber nur knapp einen Neuntel der Bundesbeiträge an die Kantone.

Netto 1,58 Milliarden Franken

Im Jahr 2002 flossen 3,35 Milliarden Franken aus dem Kanton Zürich in die Bundeskasse. Es sind dies Beiträge an die Sozialwerke, direkte Bundessteuern sowie der Militärpflichtersatz. Jeder vierte Steuerfranken kam 2002 aus Zürich. Drei Jahre zuvor war es noch jeder fünfte Franken. An Bundesbeiträgen erhielt der Kanton Zürich 1,77 Milliarden Franken. Ein Jahr zuvor waren es noch 1,95 Milliarden Franken.

Gemessen an den 15,1 Milliarden Franken, die der Bund 2002 an die Kantone für Bildungseinrichtungen, Strassenbau, Sozialversicherungen, Landwirtschaft, Abwasserbeseitigung, Zivilschutz- und Militäranlagen leistete, betrug der Zürcher Anteil lediglich 11,7 Prozent. Netto lieferte der Kanton Zürich rund 1,58 Milliarden Franken an den Bund, 117 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Dies entspricht rund 40 Steuerprozenten, die der Kanton Zürich hätte einsparen können.

Andere Kantone profitieren mehr

Stossend dabei ist vor allem, dass andere Kantone, gemessen an deren Bevölkerungszahl, 2002 weit höhere Bundeserträge bezogen als der Kanton Zürich. So erhielt der Kanton Bern mit 290 000 Einwohnern weniger 500 Millionen Franken, die Ostschweiz mit 190 000 Einwohnern weniger 600 Millionen Franken mehr als Zürich. Pro Kopf auf jede Zürcherin und jeden Zürcher entfallen 1400 Franken aus Bundesgeldern, in den

anderen Kantonen liegt dieser Anteil mit Ausnahme der Nordostschweiz wesentlich höher. Da erstaunt es schon, wenn andere Kantone Zürcher Begehlichkeiten und Anliegen als anmassend empfinden.

Mit der Einführung des neuen Finanzausgleiches des Bundes (NFA) im Jahr 2008 verschlechtert sich diese Bilanz nochmals. Wäre dieser bereits 2002 eingeführt worden, hätte Zürich zusätzliche 219 Millionen Franken an den Bund abliefern müssen. Und beim Verkauf der Goldreserven von insgesamt 14 Milliarden Franken erhält der Kanton Zürich wegen seiner finanziellen Stärke nur gerade 1,6 Milliarden Franken. Das entspricht knapp einem Neuntel der Bevölkerung. Hinzu kommen die Zahlungen von Dritten an den Bund, unter anderem die Mehrwertsteuer, die laut Berechnung der Zürcher Finanzdirektion im Jahr 2001 über 6 Milliarden Franken betragen.

Differenz wird immer grösser

Die Umverteilungsmechanismen zwischen Bund und Kantonen entsprechen schweizerischer Normalität und widerspiegeln die föderalistische Struktur unseres Landes. Daran soll grundsätzlich nicht gerüttelt werden. Aufhorchen lässt jedoch die Tatsache, dass die Differenz zwischen dem, was der Kanton Zürich zahlt, und dem, was er bekommt, grösser geworden ist. Und vieles spricht dafür, dass der Hauptzahler Zürich in den nächsten Jahren noch stärker zur Kasse gebeten wird. Immer mehr regionalpolitische Entscheide des Bundes gehen zu Lasten Zürichs.

Schön ablesbar ist dies einmal bei der Neuordnung des Finanzausgleichs, der neue regionalpolitische Abfederungen vorsieht. Neu sollen neben den Bergkantonen auch die Kantone mit grossen Kernstadtlasten einen besonderen Lastenausgleich erhalten. Beide Töpfe sollen jedoch gleich alimentiert werden, obschon die Kernstadtlasten weit höher liegen. Auch der vorgesehene Härteausgleich, wonach Kantone mit zu viel Finanzausgleich zur Erleichterung der Umstellung noch 28 Jahre davon pro-

fitieren können, widerspiegelt die bleibende Anmassung von Bund und Kantonen gegenüber dem Stand Zürich. Der finanzstarke Kanton Zürich muss aus föderalistischer Notwendigkeit noch lange mehr zahlen.

Auch der interkantonale Lastenausgleich zur Ausgleichung kantonalen Zentrumsleistungen erfüllt die hohen Erwartungen nicht, wie das Beispiel Kulturlastenausgleich zeigt. Etliche Nachbarkantone zeigen keine Bereitschaft, die Kulturlasten Zürichs mitzutragen, obschon sie vom reichhaltigen Angebot der Limmatstadt profitieren. Von föderalistischer Solidarität unter den Kantonen ist da wenig zu spüren. Dafür senken diese zum Schaden des Kantons Zürich die eigenen Steuern und werben die reichen Steuerzahler mit verlockenden Angeboten ab.

Eigene Muskeln spielen lassen

Dass Zürich die Vereinbarung über die Spitzenmedizin platzen liess, ist die richtige Antwort auf den wachsenden Eigennutz von Bund und übrigen Kantonen. Das «Spielen der eigenen Muskeln» war längst fällig. Das Verteilen der Spitzenmedizin nach föderalistischen Kriterien ist wahrlich nicht länger haltbar. Zu befürchten ist allerdings, dass Zürichs Stopp gegen kostenintensive Umverteilungen ungehört bleibt. Das Urteil «Zürcher Arroganz» war schnell gesprochen. Schliesslich zählt der Kanton Zürich zu den finanzkräftigsten Ständen, was finanzielle Begehlichkeiten und Verpflichtungen nach sich zieht.

Der Kanton Zürich tut gut daran, sich verstärkt gegen die Anmassungen von Bund und Kantonen zu wehren. Er muss sich wie kein anderer Kanton vermehrt mit ausländischen Zentren messen. Dies liegt zweifelsfrei im Interesse der ganzen Schweiz. Deshalb ist es falsch, dass dem Kanton immer mehr Mittel entzogen werden, die ihm dann im europaweiten Konkurrenzkampf fehlen. Diese Tatsache mag für Nichtzürcherinnen und Nichtzürcher unangenehm sein, doch letztlich profitiert das ganze Land von einem finanzstarken Wirtschaftskanton Zürich.

Andernorts

Geduld allein hilft nicht weiter



Christian Weisflog, Moskau

«Wer sucht, der findet», ist eine dieser oft zitierten Lebensweisheiten. Ich kann sie nicht mehr hören. Warum? Weil sie für jedermann verständlich ist und deshalb eigentlich keiner Wiederholung bedarf. Allerdings: Diese vier Worte sind leicht gesagt, aber schwierig umzusetzen. Die Suche fällt dem zivilisierten Menschen schwer, ja sie erscheint ihm geradezu unmenschlich. Sie bedeutet Ungewissheit, Zweifel, Unsicherheit, Stress. Oder viel schlimmer vielleicht sogar Schmerz oder Tod? Man kann es nie wissen.

Die Suche ist grausam, besonders in einem 10-Millionen-Dschungel wie Moskau, und besonders für jene, die wie ich mit einem kleinen Budget eine Wohnung oder ein Zimmer brauchen. Nach einer mehrwöchigen erfolglosen Odyssee weiss ich: Wer in Moskau eine Wohnung sucht, findet alles andere, nur nicht eine günstige Bleibe.

Ich versuche es zuerst auf russische Art: Einfach weitersagen, über Freunde bekommt man alles billiger. Dann grase ich das Internet ab – ein Haifischbecken: Hinter jeder Kleinanzeige verbirgt sich ein Immobilienmakler oder ein anderer Gauner. Je verlockender das Angebot, desto grösser der Schwindel dahinter.

Ich finde alles, nur keine Wohnung. Dafür traf ich bunte Vögel wie Misha Gabowitsch, der in Moskau geboren wurde, akzentfrei Deutsch spricht, in Berlin promoviert hat, Chefredakteur einer Intellektuellenzeitschrift und mit einer Kaukasierin verheiratet ist. Ein Akademiker mit Zigeunerblut. Seine relativ zentral gelegene Dreizimmerwohnung für 600 Euro sagte mir jedoch nicht zu. Sie lag in einem dieser mehrstöckigen Häuser, bei denen die Fugen zwischen den Betonplatten von aussen ersichtlich sind. Zudem: tiefe Räume, zugestellt mit Möbeln, milchige Fensterscheiben und ein wohl selbst verlegter, grober Bretterboden. Misha wollte die Wohnung direkt untervermieten, um zu verhindern, dass die Besitzer den Mietpreis für seine Nachfolger erhöhten.

Die meisten Wohnungen in Russland befinden sich in Privatbesitz: Nach der Wende konnten Russen die staatliche Wohnung, in der sie hausten, für wenig Geld auf sich überschreiben lassen. Ob der steigenden Mietpreise ziehen jedoch viele an den Stadtrand und vermieten ihre alte Wohnung samt Möbel und Geschirr für gutes Geld. Eine Zweizimmerwohnung an zentraler Lage ist kaum unter 1500 Dollar zu haben. Der Quadratmeterpreis für Wohneigentum hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt – von rund 1000 auf 2000 Dollar. Dabei beläuft sich das Durchschnittseinkommen hier offiziell lediglich auf 300 Dollar. Im Zentrum wohnen nur noch reiche Russen oder Ausländer. Zweiklassengesellschaft.

Schliesslich lege ich mir doch eine Maklerin zu – Olga. Aus voller Kehle lacht sie: «In Moskau geht ohne Makler nichts. Es gibt nicht umsonst über 2000 Agenturen.» Nun sucht Olga für mich. Das hat seinen Preis, doch nur mit Geduld und ohne Geld finde ich das Gesuchte hier wohl nicht.

Rückspiegel

Ein «Liebesfonds» für Jugendliche

Die neue konservative Regierung will in Iran einen so genannten «Liebesfonds» für junge Menschen einrichten. Damit soll der Nachwuchs leichter einen Partner, einen Job und eine Wohnung finden. Der Fonds werde mit umgerechnet rund 1,7 Milliarden Franken ausgestattet. Das Geld stammt aus den sprudelnden Öleinnahmen des Landes. Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen gilt als eines der Hauptprobleme im Iran. Wohnungsmieten können sich viele daher nicht leisten. Das führt die neue iranische Regierung als Grund für das stark gestiegene Durchschnittsalter bei Hochzeiten an. Mit dem «Reza-Fonds» (der Name nimmt Bezug auf einen schiitischen Imam) löst der neue Präsident Mahmud Ahmadinedschad ein Wahlversprechen ein. Er hatte unter anderem damit geworben, die Profite aus dem Ölgeschäft gerechter im Land zu verteilen und der von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugend zu helfen.

Die Jugend in Iran möchte laut dem, was an Informationen aus dem fernen Persien ausserhalb des Streites um das Atomprogramm Teherans zu uns dringt, endlich besser leben. Man vergisst leicht, dass nicht so sehr die fehlende individuelle Freiheit für die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen das Problem ist, sondern vielmehr der erschwerte Start in ein selbständiges Leben. Man mag sich bisweilen fragen, ob das nur in Iran so ist. (sda/afp/msd)



(Barbara Davidson/Keystone)

Bild der Woche: Überleben nach dem Hurrikan